

## Antrag

der Abgeordneten Dr. Sidl, Rosenmaier, Dworak, Gartner, Gruber, Hahn, Onodi, Razborcan, Schagerl, Mag. Scheele, Thumpser MSc, Tröls-Holzweber und Vladyka

### **betreffend „Verhinderung von Atommüllendlager in Grenznähe und eine strikte Anti-Atom-Politik Österreichs“**

Der niederösterreichische Landtag hat sich bereits mehrmals für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe stellen für Niederösterreich ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

Auch wenn die Art der Energiegewinnung und die Energieversorgung in die nationale Kompetenz fällt. Das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken und von Atommüllendlagern macht vor Staatsgrenzen keinen Halt und erfordert einen transnationalen Schulterschluss, der eine Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung zum letzten Ziel hat. Österreich muss einen strikten Anti-Atom-Kurs vertreten und sich in weiterer Konsequenz auf EU-Ebene massiv für einen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomstrom einsetzen. Es darf nicht passieren, dass die Atomkraft eine ungestörte Renaissance erlebt, nachdem die Vorkommnisse in Japan einige Jahre nach der Katastrophe aus der medialen Berichterstattung verschwunden sind.

Aber auch das in Tschechien geplante Atommüllendlager stellt ein untragbares Risiko für unser Bundesland dar. Seit längerem sucht die Republik Tschechien Standorte für ein Atommüllendlager. Im kommenden Jahr sollen vier Orte, allesamt in unmittelbarer Nähe zu Niederösterreich, in die engere Auswahl kommen. Wo das Endlager tatsächlich entstehen wird, dass will der Staat in den nächsten Jahren entscheiden. Dann sollen die ausgebrannten Brennstäbe aus den Atomkraftwerken Dukovany und Temelín dort hingbracht werden, bisher lagern sie in Zwischenlagern auf dem Gelände der AKWs.

Darf man den Studien Glauben schenken, müssen schon bei den angegebenen Zahlen zur Größenordnung die Alarmglocken schrillen. In Entwürfen ist oberirdisch von einer Fläche von mindestens 30 Hektar auszugehen. Noch Größeres wird aber unter der Erde geplant. Die eigentliche Lagerstelle soll sich in einer Tiefe von 500 Metern befinden und 300 Hektar einnehmen, was der Fläche von 450 Fußballplätzen entspricht.

Die Errichtung dieser geplanten Lagerstätte ist aus niederösterreichischer Sicht strikt abzulehnen. Durch die Errichtung würden grenzüberschreitende Risiken, aber auch große Kosten und Probleme auf nachfolgende Generationen übertragen. Niederösterreich sollte daher die rechtliche Möglichkeit zu Konsultationen wahrnehmen. Ein entschlossenes Vorgehen der Bundesregierung, allen voran des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Dipl.Ing. Andrä Rupprechter, ist hier ein Gebot der Stunde.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch die Miteinbeziehung der betroffenen Bundesländer in die Verhandlungen. Um gemeinsam und akkordiert gegen den geplanten Bau des Lager vorgehen zu können, ist ein intensiver Austausch und transparente Verhandlungen zwischen der europäischen Union und der Republik Österreich einerseits und dem Bund und den Bundesländern andererseits, unumgänglich.

Die Gefertigten stellen daher den

### **Antrag**

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung, im speziellen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Dipl.Ing. Andrä Rupprechter mit der Forderung heranzutreten, um

1. alle Möglichkeiten gegen die geplante Errichtung eines in Grenznähe befindlichen Atommüllendlagers in der Tschechischen Republik auszuschöpfen,
2. einen strikten „Anti-Atom-Kurs“ auf europäischer Ebene zu vertreten und folgende Forderungen zu erheben:
  - genereller umgehender Neu- und Ausbaustopp für Kernkraftwerke
  - Erstellung eines verbindlichen Plans zum zeitnahen europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft,
3. den niederösterreichischen Landtag über den Status quo der Verhandlungen betreffend des geplanten Atommüllendlagers in Grenznähe umgehend zu informieren und
4. zusätzlich den Regionalverband Waldviertel in den Informations- und Verhandlungsprozess transparent miteinzubeziehen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem UMWELTAUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.